

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	34
I. Einleitung	39
A. Vereinbarung einer Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZJI) im Rahmen der Europäischen Union	39
B. Die intergouvernementale Ausgestaltung von Titel VI EUV	45
C. Gemeinschaftsspezifische Elemente in Titel VI EUV	47
D. Aufgabenstellung: Einordnung von Titel VI EUV in das gemeinschafts- und völkerrechtliche System zwischenstaatlicher Verbindungen	50
E. Zusammenfassung	55
II. Die „gemeinschaftsrechtliche“ Qualifikation des EU-Vertrages	59
A. Bestandsaufnahme zur Rechtsqualität der Europäischen Gemeinschaften	60
1. Quantitativer Aspekt des Rechts der Europäischen Gemeinschaften	63
2. Rechtsgrundsätze des Europäischen Gerichtshofs zur Rechtsnatur, insb. der Eigenständigkeit des Gemeinschaftsrechts	67
3. Funktionale Staatlichkeit der Europäischen Union - Die Zuordnung des Gemeinschaftsrechts zum nationalen Recht	72
B. Zusammenfassung	76
III. Verfassungsqualität von Gründungsverträgen und EU-Vertrag im formellen Sinn	79
A. Kündigungsrecht der Mitgliedstaaten	84
1. Kündigung oder Suspendierung gemäß Art. 54, 57 WVRK	86
2. Suspendierung gemäß Art. 58 WVRK	86
3. Kündigung gemäß Art. 56 WVRK	87
4. Kündigung gemäß Art. 60 WVRK	91

5.	Kündigungsrecht gemäß Art. 62 WVRK	92
a)	Meinungsstand	92
b)	Integrationsverneinende Verfassungsänderung in einem Mitgliedstaat	95
c)	Austrittsrecht aufgrund Entscheidung der pouvoirs constitués eines Mitgliedstaates	99
d)	Ausschlußrecht	100
e)	Integrationsrechtliche Bewertung	101
6.	Zwischenergebnis	102
B.	Einvernehmliches Auflösungsrecht der Mitgliedstaaten	104
1.	Reversibilität mitgliedstaatlicher Verflechtungen	107
2.	Umfang der Rechtsbeziehungen zwischen EG und Unionsbürgern	108
3.	Novation - Beschränkung der Auflösung durch den vertraglichen Entwicklungsstand der Gemeinschaft	113
C.	Vertragsänderungsbefugnisse der Mitgliedstaaten	114
1.	Vertragsrevisionen	114
2.	Beitrittsverträge	117
3.	Gemeinschaftsautonome Vertragsänderungen und -anpassungen	117
4.	Vertragsänderung durch gemischten Rechtsakt, insb. in der 3. Säule	118
5.	Der Luxemburger Kompromiß und die Erklärung von Ioannina	121
D.	Die „Exklusivität“ der gemeinschaftsrechtlichen Änderungsverfahren	122
1.	Grundsätzliche Beurteilung	122
2.	Problemfälle	124
E.	Abgrenzung vom Völkerrecht	126
F.	Zusammenfassung und Wertung	127
IV.	Verfassungsqualität von Gründungsverträgen und EU-Vertrag im materiellen Sinn	130
A.	Funktionsmerkmale einer Verfassung	131
B.	Regelungen über Struktur und Funktion der Gemeinschaftsrechtsordnung	132
1.	Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten	132
a)	Konsequenzen der existentiellen Staatlichkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union für die staatsrechtliche Qualität der Europäische Union - Der Fortbestand der Kompetenz-Kompetenz der Mitgliedstaaten	135
b)	Der Staatenverbund der Europäischen Union	142

c)	Die Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union	147
(1)	Die interne Rechtspersönlichkeit der Europäischen Union	150
(2)	Die externe Rechtspersönlichkeit der Europäischen Gemeinschaften bzw der Europäischen Union	151
2.	Elemente der Beschränkung von Organbefugnissen	157
a)	Gewaltenteilung im EG-Vertrag?	157
b)	Gewaltenteilung im EU-Vertrag, insb. in der 3 Säule?	164
c)	Der „einheitliche institutionelle Rahmen“ der Europäischen Union	164
(1)	Der Europäische Rat	170
(2)	Der Rat	172
(3)	Weitere Ratsgremien	176
(4)	Die Kommission	177
(5)	Das Europäische Parlament	180
(a)	Unterrichtungs- und Anhörungsrechte des Europäischen Parlaments (Art. K.6 EUV)	181
(b)	Haushaltsrechtliche Befugnisse des Europäischen Parlaments in Titel VI EUV	185
(c)	Sonstige Beziehungen des Europäischen Parlaments zum Rat	188
(6)	Der Gerichtshof	189
(7)	Der Rechnungshof	193
(8)	Weitere gewaltenteilige Elemente des EU-Vertrages	195
C.	Bestimmung von Rechtssubjekten in den Gründungsverträgen bzw. dem EU-Vertrag	195
1.	Die Rechtssubjekte der Gründungsverträge	195
2.	Die Rechtssubjekte des EU-Vertrages	198
D.	Grundsätzliche Wertfragen	203
1.	Entwicklung eines gemeinschaftlichen Grundrechtsschutzes	203
2.	Wirtschaftsordnung	209
3.	Sozialordnung	211
4.	Rechtsstaatsprinzip	213
5.	Demokratieprinzip	215
6.	Föderalismusprinzip	219
E.	Zusammenfassung und Wertung	222
V.	Auslegungsmethoden für den EU-Vertrag	224
VI.	Bestandsaufnahme des Gemeinschafts- und Unionshandelns im Rahmen von Titel VI EUV in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des EU-Vertrages	231
A.	Die Umsetzung von Titel VI EUV durch den Rat - Ausgangspunkt	231

B.	Die Asylpolitik, das Überschreiten der Außengrenzen und die Einwanderungspolitik (Art. K.1 Nr. 1,2,3 EUV)	233
1.	Regelungen zur Zulassung von Drittstaatsangehörigen im Gebiet der Europäischen Union	234
a)	Lastenverteilung	234
b)	Rechtsstellung von Drittstaatsangehörigen	235
c)	Asyl - Dubliner Asylrechtsübereinkommen (DÜ) und Entschließungen zur Festlegung der Mindestgarantien für die Verfahren zur Prüfung der Asylanträge und für die harmonisierte Anwendung der Definition des Begriffs Flüchtling im Sinne des Genfer Abkommens von 1951	236
2.	Regelungen zur Rückführung von Drittstaatsangehörigen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union	239
3.	Außengrenzen - Übereinkommen über die Personenkontrolle beim Überschreiten der Außengrenzen	242
4.	Die innenpolitische Ergänzung des Binnenmarktes: Das Übereinkommen über das Europäische Informationssystem (EIS) als Nachfolge zu den Schengener Vereinbarungen	244
5.	Visa - Maßnahmen auf der Grundlage von Art. 100 c EGV	245
a)	Erstellung einer gemeinsamen Liste von Drittstaaten, deren Staatsangehörige ein Visum benötigen	245
b)	Einführung einer gemeinsamen Visamarke	246
C.	Bekämpfung der Drogenabhängigkeit	246
D.	Betrugsbekämpfung	247
E.	Justitielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	249
1.	Erweiterung des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVÜ)	249
2.	Konkursübereinkommen	250
F.	Justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen	251
1.	Auslieferung	251
2.	Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	251
3.	Die justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen - Sonstiges	252
G.	Zusammenarbeit im Zollwesen - Das Übereinkommen über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich	252
H.	Polizeiliche Zusammenarbeit	253
1.	Die polizeiliche Zusammenarbeit: Europol-Übereinkommen	253
2.	Terrorismus	260

3.	Weitere Maßnahmen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit	260
I.	Außenbeziehungen der Europäischen Union im Bereich der 3. Säule	261
1.	Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas	261
2.	Transatlantischer Dialog	263
3.	Mittelmeerstaaten	264
4.	EFTA-Länder	264
5.	Abkommen mit Drittstaaten	265
VII.	Grundsätzliche Rechtsfragen der 3. Säule	266
A.	Schaffung von Gemeinschaftsaufgaben und -befugnissen durch die ZJI	266
B.	Rechtsform der Beschlüsse des Rates im Rahmen von Titel VI des EU-Vertrages	268
1.	Gemeinsame Standpunkte	270
2.	Gemeinsame Maßnahmen	274
3.	Beschlüsse zur Durchführung gemeinsamer Maßnahmen (Art. K.3 Abs. 2 lit. b EUV)	277
4.	Übereinkommen gemäß Art. K.3 Abs. 2 lit. c EUV	277
a)	Form der Übereinkommen nach Art. K.3 EUV	280
b)	Beschlüsse zur Durchführung von Übereinkommen gemäß Art. K.3 Abs. 2 lit. c EUV	282
5.	Entschließungen, Empfehlungen	282
6.	Rechtsakte sui generis	285
C.	Rechtsverbindlichkeit von Ratsbeschlüssen nach Art. K.3. EUV gegenüber Dritten	286
D.	Spezielle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, Art. K.7 EUV	288
E.	Finanzierung der 3. Säule-Art. K.8 Abs. 2 EUV	289
F.	Das Verfahren gemäß Art. K.9 EUV	290
G.	Veröffentlichung der Rechtsakte im Amtsblatt	291
VIII.	Ausblick im Lichte der Regierungskonferenz 1996/1997	294

PPN: 078729513

Titel: Der gemeinschaftsrechtliche Status der Säulenkonstruktion des Vertrages über die Europäische Union : erläutert am Beispiel der Bestimmungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres / vorgelegt von Jörg Vogel. - : , 1999

Bibliographischer Datensatz im SWB-Verbund